

INTERGLOBAL

TSCHECHISCHE REPUBLIK

Der Frühling, der im Winter begann

Von Stanislav Holubec (Prag), Matthias Gärtner

Über die Bedeutung des Prager Frühlings ist man sich in Tschechien nicht einig. Die Linke scheut eine Auseinandersetzung und überlässt die Deutungshoheit der rechtskonservativen Regierung.

Wie Medienberichte und Meinungsumfragen zeigen, gibt es in der tschechischen Gesellschaft heutzutage insgesamt vier Deutungen der Massenbewegung, die Prager Frühling genannt wird. Im Westen hat sich vor allem das Bild von einer Bewegung erhalten, die einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ einforderte. Diese im Jahre 1968 am häufigsten verbreitete Interpretation teilt heute nur noch eine Minderheit der Forscher und Politiker in Tschechien. Auch nur wenige tschechische Sozialisten und undogmatische Marxisten machen sich dieses Deutungsmuster zu eigen. Weiter verbreitet ist dagegen die Meinung, dass es sich dabei um einen Demokratisierungsversuch in der Tschechoslowakei gehandelt habe. Dies wird zumeist von heutigen Sozialdemokraten und ehemaligen Führungspersonen des Prager Frühlings vertreten. Eine Schwäche der Deutung besteht darin, dass sie die ökonomische Seite unberücksichtigt lässt. Es bleibt offen, wie sich das Wirtschaftssystem eingezwängt zwischen den beiden Machtblöcken (So-

zialismus und Kapitalismus) hätte entwickeln sollen.

Für Konservative und tschechische Antikommunisten war und ist der Prager Frühling lediglich ein innerer Machtkampf zwischen den Flügeln einer totalitären Partei. Was sie dabei allerdings nicht berücksichtigen, ist der große gesellschaftliche Rückhalt für diesen Prozess. Soziologische Forschungen vom August 1968 ergaben, dass 90 Prozent der Bevölkerung die Kommunistische Partei und den Sozialismus unterstützten. Eine vierte Interpretation besagt, der Prager Frühling sei ein konterrevolutionärer Umsturz gewesen und die sowjetischen Truppen seien in internationalistischer Manier zu Hilfe geeilt. Das war die offizielle tschechoslowakische Lesart in der Zeit von 1970 bis 1989.

Der Prager Frühling begann bereits im Winter. Im Januar 1968 wurde während der Sitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der bis dahin regierende Partei- und Staatschef Antonín Novotný abgewählt und eine neue Parteiführung unter Alexander Dubček installiert. Die Parteiführung wurde ergänzt durch weitere Politiker, die für ihre kritische Einstellung zum Amtsvorgänger bekannt waren. Diese innerparteiliche Entscheidung verursachte große Veränderungen in der tschechoslowakischen Gesellschaft. Die Pressezensur wurde aufgehoben,

und alle Zeitungen konnten uneingeschränkt berichten. Das galt auch für Fernsehen und Rundfunk. Neue Organisationen wie K 212, ein Zusammenschluss ehemaliger Häftlinge aus den Fünfzigerjahren, und die Vorbereitungskomitees der Sozialdemokratischen Partei entstanden. Die Organisation KAN (Klub der engagierten Parteilos) veröffentlichte am 18. Mai eine Aufsehen erregende Resolution.

Im Westen hat sich vor allem das Bild von einer Bewegung erhalten, die einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ einforderte.

Am 27. Juni traten 68 Schriftsteller, Künstler und Intellektuelle mit dem so genannten Manifest der 2.000 Worte an die Öffentlichkeit. Der Text beinhaltete eine Abrechnung mit 20 Jahren der KP-Herrschaft. In den Zeitungen wurde die Frage der Neutralität des Landes diskutiert. Der neue Staatspräsident Ludvík Svoboda legte Blumen am Grab des ersten tschechoslowakischen Präsidenten Tomáš Garrigue Masaryk (1850 bis 1937) nieder. Das galt als ein Symbol für die Kontinuität der tschechoslowakischen

Demokratie, welche Masaryk verkörperte. Die Kommunistische Partei hatte Vertrauen und Unterstützung der Bevölkerung wie nie zuvor in ihrer Geschichte.

Die „kommunistischen Bruderländer“ DDR, Polen, Bulgarien und vor allem die Sowjetunion beäugten die Entwicklung mit großem Misstrauen. Ungarn, Jugoslawien und Rumänien sprachen sich dagegen für einen Dialog mit Prag aus. Dubček geriet unter Druck. Auf der einen Seite verlangten die „Bruderparteien“ eine Verlangsamung beziehungsweise ein Ende der Reformen, und auf der anderen Seite drängte die eigene Bevölkerung auf eine Beschleunigung dieses Prozesses. Unter der Führung Moskaus entschied man sich für eine militärische Lösung. Am 21. August 1968 marschierten Truppen von fünf Staaten des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei ein. Die Parteiführung wurde verhaftet und nach Moskau abtransportiert. Vor allem in Prag, aber auch in Bratislava kam es zu spontanen Protesten gegen den Einmarsch, die angesichts der militärischen Übermacht keine Chance hatten.

In Moskau wurden die tschechoslowakischen Politiker gezwungen, ein Protokoll zu unterzeichnen, welches die Akzeptanz der Truppen des Warschauer Paktes auf dem tschecho-

„Sozialismus Ja - Okkupation nein“, lautete in den Tagen des Prager Frühlings eine bekannte Parole. Eine Auseinandersetzung um die Inhalte der damaligen Protestbewegung bleibt in der Tschechischen Republik jedoch weitgehend aus.



slowakischen Territorium und eine Verlangsamung des Reformprozesses beinhaltete. Dieser war damit aber nicht beendet. Wie Petr Uhl, ein Publizist und ehemaliger Dissident, in einem Interview mit der Berliner „tagesschau“ vor kurzem betonte: „Wir versuchten alles, damit das, was die Tschechoslowakei 1968 und schon vorher erreicht hatte, erhalten bliebe. In diesem Sinne war die Bewegung nicht geschlagen, im Gegenteil, es gab zunächst eine Radikalisierung, begleitet von anhaltenden großen Unruhen in Prag.“ Dabei gab es Gemeinsamkeiten mit den Studentenbewegungen in Frankreich oder Deutschland. So wurde an den Universitäten im November 1968 und im April 1969 das Mittel der Besetzung gewählt. Im Vordergrund standen der Kampf um Pressefreiheit und freiheitliche Rechte.

In der wachsenden Atmosphäre der Hoffnungslosigkeit verbrannte sich der Student Jan Palach am 16. Januar 1969 auf dem Wenzelsplatz in Prag. Sein Tod löste erneut große Demonstrationen aus.

Das waren aber dann auch schon die letzten Bewegungen des Prager Frühlings. Im April 1969 wurde der ehemalige Reformpolitiker Gustav Husak zum neuen Vorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei gewählt. Während anhaltender „Säuberungsaktionen“ mussten mehrere hunderttausend Mitglieder die Partei verlassen und verloren gleichzeitig jede berufliche Perspektive.

Im Gegensatz zu den weit reichenden und öffentlichkeitswirksamen Diskussionen in Deutschland und Frankreich über das Jahr 1968 und seine Folgen gibt es so gut wie keine intellektuelle Auseinandersetzung darüber in Tschechien. Wurden noch in den Neunzigerjahren Dissidenten der Siebziger- und Achtzigerjahre wie Václav Havel, Petr Uhl oder der ehemalige Außenminister Jiří Dienstbier gewürdigt, sind es heute die bewaffneten antikommunistischen Kämpfer aus den Fünfzigerjahren wie die „Masin-Brüder“. Dabei handelte es

sich um eine Gruppe von Jugendlichen, die in dieser Zeit mit Waffengewalt gegen staatliche Institutionen vorging und Sabotage gegen die tschechoslowakische Wirtschaft betrieb. Im Januar ehrte Ministerpräsident Topolánek von der rechtskonservativen regierenden Bürgerpartei (ODS) die „Masin-Brüder“ als Helden. Auf einer Tagung der Gesellschaft für europäischen Dialog in Prag bedauerte Uhl, der neun Jahre in tschechischen Gefängnissen verbracht hat, dass es in der heutigen tschechischen Gesellschaft keine Auseinandersetzung über den Prager Frühling gebe. Die Behörden würden alles tun, damit man darüber nicht spreche. Schuld daran sei der starke Antikommunismus, der die Jahre zwischen 1948 und 1989 zu einer einzigen schwarzen, totalitären Epoche homogenisiere.

Dass auch die drittstärkste tschechische Partei, die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KPBM), zu dem gesamten Themenkomplex schweigt, verwundert nicht. Der in der

Partei stark vertretene dogmatische Flügel sieht bis heute den Einmarsch der sowjetischen Armee als einen Akt der internationalistischen Hilfe an. Der pragmatische Flügel der Partei scheut mit dem Blick auf die konservative Mitgliederbasis eine offensive kritische Auseinandersetzung mit den Fehlern der Vorgängerpartei.

Nächste Woche:

Bio, eine Erfolgsstory?

Zwanzig Jahre Biolandwirtschaft in Luxemburg. Wie haben sich die Bioprodukte und deren Anbieter seitdem verändert? Wie wird Bio im Ausland promoviert? Die woxx schaut sich um in einer Branche, die ihrem Nischendasein entwachsen ist.



woxx - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire, früher: GréngeSpoun - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • Herausgeberin: woxx soc. coop. • Redaktion und Layout: Luc Caregari (luc.caregari@woxx.lu), Karin Enser (karin.enser@woxx.lu), Léa Graf (lea.graf@woxx.lu), Richard Graf (richard.graf@woxx.lu), Susanne Hangarter (susanne.hangarter@woxx.lu), Jacque Hueber (jacque.hueber@woxx.lu), Raymond Klein (raymond.klein@woxx.lu), Renée Wagener (renee.wagener@woxx.lu), David Wagner (david.wagner@woxx.lu), Christiane Walerich (christiane.walerich@woxx.lu), Danièle Weber (daniele.weber@woxx.lu). Unterzeichnete Artikel und Grafiken geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. • Karikaturen: Guy W. Stoops • Fotos: Christian Mosar • Verwaltung: Martine Vanderbosse (admin@woxx.lu) • Bürozeiten: Mo. - Fr. 9 - 13 Uhr • Druck: c. a. press, Esch • Einzelpreis: 1,75 € • Abonnements: 52 Nummern kosten 75 € (Ausland zzgl. 28 €); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 35 € • Konto: CCPL IBAN LU18 1111 1026 5428 0000 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk „Neu-Abo“; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • Anzeigen: Tel. 29 79 99-10; annonces@woxx.lu; Espace Régie, Tel. 44 44 33-1; Fax: 44 44 33-555 • Recherchefonds: Spenden für den weiteren Ausbau des Projektes auf das Konto CCPL IBAN LU69 1111 0244 9551 0000 der „Solidarité mam GréngeSpoun asbl“ sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto • Post-Anschrift: woxx, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • Büros: 51, av. de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • E-Mail: woxx@woxx.lu • URL: www.woxx.lu • Tel. (00352) 29 79 99-0 • Fax: 29 79 79